Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Neuss und dem Rhein-Kreis Neuss zur Übertragung der Aufgaben der örtlichen Fürsorgestelle auf den Rhein-Kreis Neuss

Der Rhein-Kreis Neuss (im Folgenden „Kreis“), vertreten durch den Landrat und die Stadt Neuss (im Folgenden „Stadt“), vertreten durch den Bürgermeister, schließen gemäß § 4 Abs. 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 23 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1 Aufgabenübertragung/ Aufgabenwahrnehmung

Der Kreis übernimmt mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung, frühestens jedoch zum 01.01.2024, die Aufgaben der örtlichen Fürsorgestelle gemäß § 23 Absatz 1 erste Alternative GkG in seine Zuständigkeit, soweit die Stadt bislang Aufgabenträger war. Es handelt sich hierbei um die Aufgaben gem. § 1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch – Schwerbehindertenrecht (ZustVO SGB IX SchwbR).

Die Aufgaben, zu deren Durchführung die Stadt Neuss als örtliche Fürsorgestelle und örtlicher Träger gemäß § 1 der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch – Schwerbehindertenrecht (ZustVO SGB IX SchwbR) vom Landschaftsverband herangezogen wird, werden ab dem 01.01.2024 gem. § 23 Absatz 1 zweite Alternative GkG vom Kreis durchgeführt.

§ 2 Kostenregelung

Die Einnahmen aus der Wahrnehmung der vorgenannten Aufgaben stehen dem Kreis zu, der auch die Aufwendungen trägt. Ein darüber hinaus gehender Kostenausgleich findet nicht statt.

§ 3 Personal

Vorbehaltlich der Zustimmung der Personalvertretungen und des Mitarbeiters wird die Stadt einen bislang mit der Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben betrauten Beamten der Laufbahngruppe 1.2 zum Kreis versetzen.

§ 4 Inkrafttreten/ Kündigung

Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Bezirksregierung Düsseldorf und tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Kraft.

Die Vereinbarung wird zunächst bis zum 31.12.2024 geschlossen. Ihre Laufzeit verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn sie nicht drei Monate vor Ablauf schriftlich durch eine der beiden Parteien gekündigt wird.

Neuss/ Grevenbroich, . . .2023

Für den Rhein-Kreis Neuss:

Landrat

Neuss, . . .2023

Für die Stadt Neuss:

Bürgermeister